



Herausforderungen und Lichtblicke

Österreich steht in puncto Klimaschutz vor einer Fülle an Herausforderungen, doch gibt es auch Lichtblicke, wie Jürgen Schneider, Sektions- und Klimachef im Umweltministerium, im Exklusivinterview verrät. Die Bauwirtschaft muss ihre Verantwortung dabei jedoch unverzüglich wahrnehmen.

TEXT: GISELA GARY

FOTO: FRANZ GRUBER, KURIER

Leonore Gewessler bezeichnet sich selbst als Umweltministerin. Mit der neuen Bundesregierung wurde auch ein neues Bundesministeriengesetz und damit neue Zuständigkeiten beschlossen. Gewesslers Ministerium wurde in Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie umbenannt. Eine Fülle an Aufgaben stehen an, die Klimaneutralität bis 2040 ist ein klares Ziel der Bundesregierung. Im Regierungsprogramm ist das Vortreiben einer ambitionierten und fortschrittsorientierten Klima- und Energiepolitik festgeschrieben. Die öffentliche Hand soll dabei als Vorbild agieren. Es soll verbindliche Klimaschutzrichtlinien für alle Institutionen des Bundes geben. Neben dem Klimaschutzaktionsplan soll es ein Klimakabinett geben, das in enger Zusammenarbeit und unter Federführung des Umweltministeriums die notwendigen Weichen stellen bzw. Rahmenbedingungen erarbeiten wird.

Der Klimagipfel COP25 im Dezember in Madrid wird in den Medien als gescheitert bezeichnet – Ihre Meinung dazu?

Schneider: „Der Weltklimagipfel hat gezeigt, dass Klimaschutz zu Recht hohe globale Aufmerksamkeit genießt, aber tatsächliche Fortschritte aufgrund der divergierenden Interessen nicht immer leicht zu erzielen sind. Der Erfolg dieser COP war trotz Verlängerung und großem öffentlichen Druck überschaubar, es konnten nur wenige Fortschritte erzielt werden. Die Abschlusserklärung des Gipfels (Chile Madrid Time for Action) blieb eher vage. Es wurde zumindest die Notwendigkeit bekräftigt, dass die Länder ihre nationalen Klimaszutzziele aktualisieren und dies bei der COP26 in Glasgow, die für November

2020 vorgesehen ist, bekanntgeben sollten. Kernpunkte der COP25 wie die in Katowice noch offen gebliebenen Elemente des Pariser Regelwerks, vor allem über die sogenannten Marktmechanismen, wurden vertagt oder in wenig belastbare Absichtserklärungen gegossen.“

Sind Sie mit dem Nationalen Energie- und Klimaplan, NEKP, zufrieden, sind die festgehaltenen Maßnahmen ausreichend?

Schneider: „Wir haben den NEKP nach einem entsprechenden Ministerratsbeschluss fristgerecht Ende 2019 an die Europäische Kommission in Brüssel übermittelt. Der NEKP enthält knapp 300 Maßnahmen, mit deren Hilfe die Klima- und Energieziele 2030 erreicht werden sollen. Etliche Maßnahmen sind genau beschrieben, einige andere wie etwa die Details beim Abbau klimakontraproduktiver Subventionen oder die Bepreisung klimaschädlicher Emissionen müssen erst durch die neue Bundesregierung präzisiert und dann durch den Gesetzgeber festgeschrieben werden.“

Welche Klimaschutzmaßnahmen haben die höchste Priorität?

Schneider: „Es gibt nicht die eine Maßnahme, die uns zur Erreichung der Klima- und Energieziele 2030 und in weiterer Folge zur Klimaneutralität führen wird. Für die unterschiedlichen Bereiche wird eine Fülle von verschiedenen Instrumenten und Maßnahmen benötigt, zum Teil ordnungsrechtliche (wie etwa Bauordnungen), förderpolitische (Ausgestaltung der Wohnbauförderung, etc.), fiskalische sowie bewusstseinsbildende Initiativen.“

Wie lauten die wichtigsten Eckpunkte der österreichischen Klima- und Energiepolitik bis 2030?

Schneider: „Österreich wird seine Treibhausgasemissionen außerhalb des Emissionshandels um mindestens 36 % reduzieren. Die Stromversorgung wird bilanziell vollständig auf erneuerbare Energie umgestellt. Der Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Energieverbrauch soll auf mindestens 46 % steigen. Zudem soll der Verbrauch an fossilem Heizöl im Vergleich zum Status quo rund halbiert, die Emissionen im Bereich der Mobilität um über 30 % reduziert werden.“

Gebäude müssen klimafit gemacht werden – so heißt es seit Jahren. Es gibt bereits eine Vielzahl an Vorzeigeprojekten, doch was ist mit der breiten Masse an Gebäuden – und mit den zu sanierenden Projekten? Welche Anreize müssen diesbezüglich erfolgen?

Schneider: „Derzeit liegt die Sanierungsrate deutlich unter jenem Niveau, welches als politisch wünschenswert angesehen wird. Die derzeitigen Anreize sind folglich nicht ausreichend, um die Sanierungsrate zu steigern. Wir werden uns dem Thema folglich intensiv auf Basis des neuen Regierungsprogramms bei der Fertigstellung der Wärmestrategie widmen.“

JÜRGEN SCHNEIDER

leitet die Sektion VII - Klima- und Umweltschutz, im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Jürgen Schneider hat in Wien Chemie studiert. Nach einer Tätigkeit als Universitätsassistent begann er 1994 am Umweltbundesamt in der damaligen Abteilung für Lufthygiene, von 2002 bis 2004 war er bei der Weltgesundheitsorganisation in Bonn als Projektmanager tätig. Von 2004 bis 2018 war er in diversen Funktionen im Umweltbundesamt beschäftigt.

Zu seinen aktuellen Verantwortlichkeiten zählen u. a. die Koordinierung der internationalen, Europäischen und nationalen Klimapolitik. Die Sektion umfasst die Abteilungen Klimapolitik, Saubere Mobilität, Nachhaltige Finanzen und Standortpolitik, Energieeffizienz und Gebäude, Innovative Technologien und Bioökonomie, EU-Koordination Klima und Umwelt.

Jürgen Schneider leitet das nationale Klimaschutzkomitee, ist im Präsidium des Klima- und Energiefonds und in diversen europäischen und internationalen Gremien zum Thema Klima vertreten.

Klimaschutz ist in aller Munde – sehen Sie politisch wie auch gesellschaftlich ein deutliches Umdenken und eine Bereitschaft, sich den aktuellen Themen des Klimaschutzes zu stellen? Zum Beispiel beim Verkehr?

Schneider: „Das Klimathema ist inzwischen in der Lebensrealität vieler Menschen angekommen. Ob heiße Sommer, Dürre in der Landwirtschaft, Schäden in Fichtenwäldern im Wald- und Mühlviertel oder Waldbrände in Australien: Der Klimawandel ist nicht mehr zu leugnen und rasche Maßnahmen zu dessen Bekämpfung sind unerlässlich. Das Bewusstsein in der Bevölkerung ist jedenfalls hoch, allerdings wird auch jeder einzelne zur Bekämpfung des Klimawandels seinen Beitrag leisten müssen. Wichtig dabei ist auch eine proaktive Kommunikation, um Bewusstsein und damit Akzeptanz zu schaffen.“

Wie schätzen Sie die Chancen für die Einführung einer CO₂-Steuer in Österreich ein – eine sinnvolle Maßnahme?

Schneider: „Gemäß Regierungsprogramm 2020 bis 2024 ist für das Jahr 2022 ein zweiter Schritt einer ökosozialen Steuerreform geplant, bei dem Kostenwahrheit

bei jenen CO₂-Quellen, die derzeit nicht dem Emissionshandel unterliegen, hergestellt werden soll. Dies betrifft vor allem die Sektoren Verkehr und Gebäude und ist nach Ansicht führender Klimaökonominnen ein wesentlicher Baustein einer erfolgreichen Klimapolitik.“

Wie wird Österreich zukünftig mit den umweltschädlichen Subventionen im Bereich Energie und Verkehr umgehen?

Schneider: „Die Abschaffung klimakontraproduktiver Subventionen im Energie- und Verkehrsbereich ist ein wesentlicher Hebel, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Nationalen Energie- und Klimaplan ist als Ziel formuliert, allein aus diesem Titel im Jahr 2030 zwei Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen einzusparen.“

Die Bauwirtschaft ist einer der größten CO₂-Ausstoßverursacher, aber ebenso sehr bemüht, die Emissionen zu senken. Braucht es noch mehr Vorschriften, um die Bauwirtschaft zu radikaleren Maßnahmen zu zwingen? Gemeint sind unter anderem umweltfreundliche Baustoffe, Sanierung anstelle von Neubauten, umweltfreundliche Abwicklung von Baustellen wie z. B. Rumba, Zwang zum Einsatz von recycelten Baustoffen, absolute Transparenz in puncto CO₂-Ausstoß, Zwang zu umweltfreundlichen Lkw.

Schneider: „Alle Sektoren der Wirtschaft müssen einen Beitrag leisten, um die Emissionen gemäß nationalem Energie- und Klimaplan bis 2030 zu senken und anschließend das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Neben hohen Standards in Richtung Nullemissionsgebäude spielen dabei auch Logistik und eingesetzte Baustoffe eine immer wichtigere Rolle. Wie diese marktnah forciert werden können, wird mit der Branche zu diskutieren sein.“

CO₂-neutrales Europa bis 2050 – wie realistisch ist dieses Ziel?

Schneider: „Das Ziel eines klimaneutralen Europas ist aus wissenschaftlicher Sicht unerlässlich. Es gibt inzwischen umfangreiche Analysen, unter anderem der Europäischen Kommission, die zeigen, dass das Ziel sehr ambitioniert, aber ökonomisch und sozial verträglich machbar ist. Zudem hat der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedstaaten, dieses Ziel ausdrücklich befürwortet. Dafür müssen aber die notwendigen Schritte so bald wie möglich eingeleitet werden. Der European Green Deal, den die EU-Kommission im Dezember 2019 vorgestellt hat, ist eine wichtige Basis dafür.“

Wie kommen Sie ins Büro? Zu Fuß, mit dem Rad oder den Öffis?

Schneider: „Mit dem Fahrrad, das ganze Jahr über, also auch im Winter.“